

Editorial



Die Zeitungslektüre über die aktuellen Entwicklungen weltweit bereitet immer wieder schlaflose Nächte:

Da werden beispielsweise in Ungarn Obdachlose vor Gericht gestellt, wenn sie draussen übernachten. Im selben Land streicht die rechtsextreme Regierung das Fach Genderstudies an den Universitäten. Brasilien wählt einen Faschisten, Frauenhasser und Folter- und Todesstrafenbefürworter zum Präsidenten, der dann in bester Gesellschaft mit dem restlichen Gruselkabinett der mächtigsten Männer der Welt schalten und walten wird. In der Türkei installiert sich ein Diktator, demütig unterstützt von den Regierungen Europas, inklusive der unseren. Unser Land liefert Kriegsmaterial in Bürgerkriegsländer und wir beklagen uns dann über die Flüchtlingsflut. Deutschland erlebt ein Revival rechtsextremer Strömungen und weltweit sind faschistische Gesinnungen in erschreckendem Mass auf dem Vormarsch – es wird gegen Andersdenkende, ethnische Minderheiten und gegen Armutsbetroffene gehetzt.

Was kümmerts uns Gewerkschaften, könnte man da salopp einwenden, unser Kerngeschäft ist schliesslich die Verbesserung der Rechte der Arbeitnehmenden. Aber auch da sind die jüngsten Entwicklungen äusserst besorgniserregend: Massenentlassungen und Aushebelung von Lohnschutz und anderen grundlegenden Errungenschaften der Arbeitnehmenden. Vermehrt sind ältere Arbeitnehmende ohne Perspektive und jüngere finden sich dafür in endlosen Praktikumschleifen wieder. Auch weltweit sieht es nicht besser aus: Durch den Vormarsch der rechtskonservativen Regierungen in vielen Ländern geraten überall soziale Errungenschaften massiv unter Druck. Kürzlich wurden streikende Näherinnen einer Textilfabrik in Asien verprügelt, Streikende in der Türkei gar massenhaft verhaftet. Gleichzeitig verlieren Gewerkschaften nicht nur Mitglieder, sondern auch Einfluss. Wenn ein Beitritt zur Ge-

werkschaft früher eine Selbstverständlichkeit war, muss heutigen Teenagern erst mühsam erklärt werden, was eine Gewerkschaft überhaupt ist und wofür sie einsteht. Als ich vor vielen Jahren der Gewerkschaft beigetreten bin, war es nicht die Aufgabe der Gewerkschaftssekretär_innen, Mitglieder zu werben. Die Mitglieder kamen von selbst, der Apparat musste nur die Verwaltung übernehmen und die Mitglieder dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen. Heute sind Gewerkschaftssekretär_innen vermehrt Verkäufer_innen von Dienstleistungen. Sie rackern sich tagtäglich auf dem Terrain ab, um Neumitglieder zu gewinnen und kommen kaum auf einen grünen Zweig.

Was läuft da falsch und wie positionieren wir uns als Gewerkschaft künftig? Müssen wir uns mehr oder doch eher weniger in die Politik einmischen? Welche Haltung nehmen wir ein gegenüber all diesen aktuellen politischen Manövern und Kompromissen wie dem AHV-Steuerdeal oder gar so perfiden Vorlagen wie die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative?

Wir tun gut daran, uns tagtäglich darauf zu besinnen, wer wir sind und was wir wollen. Und ich glaube, da ist ein Grundsatz unbestritten: Die sozialen Errungenschaften dürfen nicht aufgegeben werden, das Ausspielen von Armut gegen Armut darf nie in unser Vokabular gelangen und das Liebäugeln mit diesen politischen Kompromisslösungen, die dazu dienen sollen, irgendwie vorwärtszukommen, müssen wir immer von neuem gründlich hinterfragen und intern diskutieren. Dazu brauchen wir unsere Mitglieder, die sich einbringen, mitdenken und mitdiskutieren. Das macht uns schlussendlich als Gewerkschaft stark und hilft uns, in schwierigen Zeiten die Orientierung nicht völlig zu verlieren.

⇒ Sabine Szabo,
Co-Präsidentin Einheit Bern/OAE



Kantonale Abstimmung vom 25. November 2018

Keine Steuergeschenke für Grossunternehmen

Am 25. November stimmen wir darüber ab, ob Unternehmen im Kanton Bern weniger Steuern bezahlen sollen. Das entsprechende Gesetz kam im Grossen Rat durch. Ein Komitee aus verschiedenen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden ergriff das Referendum dagegen, denn diese Steuerensenkungen sind für den Kanton gefährlich.

Die Steuern für Unternehmen sollen im Kanton Bern sinken, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im interkantonalen Vergleich zu verbessern. Tönt gut, ist aber gefährlich und ungerecht. Warum?

Durch Steuern wird der Service public finanziert. Ohne Service public sind viele Dienstleistungen für viele Menschen unerschwinglich. Gute Schulen und eine gute Gesundheitsversorgung können sich nur reiche Menschen privat leisten. Auch Unternehmen profitieren vom Service public: gute Ausbildungsstätten für Mitarbeiter_innen, eine gute Infrastruktur und die Rechtssicherheit gehören dazu. Ihr Anteil an den Steuern beträgt jedoch nur zehn Prozent. Nun soll dieser Anteil noch einmal sinken.

Nicht alle Unternehmen profitieren von dieser Steuerensenkung. Für viele kleine und mittlere Betriebe wird sich nichts ändern. Sie machen keine grossen Gewinne und müssen deshalb auch kaum Steuern zahlen. Zu dieser Kategorie gehören immerhin 85 Prozent aller Unternehmen im Kanton Bern. Anders sieht es für grosse Unternehmen aus, die teilweise weltweit tätig sind. Weil sie grosse Gewinne machen, sind die Steuerensenkungen beachtlich – ihr Anteil an den Kosten für die Benutzung öffentlicher Angebote sinkt weiter. Und was machen sie mit den zusätzlichen Mitteln? Investieren? Kaum. Viele Unternehmen haben die Investitionen in den letzten Jahren zurückgefahren. Man ist nicht mehr bereit, viel Geld in die Entwicklung eigener Produkte zu stecken, wie dies in der Vergangenheit oftmals der Fall war. Naheliegender ist vielmehr, dass zusätzliche Steuergeschenke als zusätzliche Auszahlungen an die Besitzer_innen fliessen nach dem Motto: Wer hat, dem wird gegeben.

Das wollen wir nicht. Zumal diese Steuerensenkung nicht durch zu-

sätzliche Einnahmen ausgeglichen wird. 160 Millionen Franken werden dem Kanton (100 Millionen Franken) und den Gemeinden (60 Millionen Franken) jährlich fehlen. Das ist Geld, das für öffentliche Aufgaben fehlt. Durch Sparmassnahmen wird dieses Loch gestopft und wie immer sind davon drei Bereiche besonders stark betroffen: die Bildung, die Gesundheit und das Soziale. Das sind jene Bereiche, in denen viele Menschen mit kleinen Einkommen unterstützt werden. Zuletzt traf es zum Beispiel alte Menschen und Menschen mit Behinderungen. Wir wissen noch nicht, wie die Sparmassnahmen konkret aussehen, aber sie werden kommen so sicher wie das Amen in der Kirche.

Bei jeder Steuerensenkung geht es auch um einen erhofften Vorteil im interkantonalen Steuerwettbewerb. Der Kanton Luzern hat kürzlich aus diesem Grund die Steuern so stark gesenkt, dass er nicht mehr in der Lage war, seine Lehrkräfte zu bezahlen und eine zusätzliche Ferienwoche einführen musste.

Die Folgen einer Steuerensenkung sind happig. Sie führen nicht nur zu fehlenden öffentlichen Mitteln sondern auch zu einer Verschärfung der Gegensätze zwischen reich und arm und Stadt und Land. Die Schweiz und der Kanton Bern konnten in den letzten Jahrzehnten immer einen gewissen Ausgleich zwischen diesen Gegensätzen herstellen und so den sozialen

Finanzloch wegen Steuerbschiss?



Kantonale Abstimmung «Änderung des Steuergesetzes» vom 25. November 2018

NEIN zum Steuergeschenk für Grosskonzerne

Bei den Gemeinden ist zudem mit Steuererhöhungen für natürliche Personen zu rechnen. Einige Gemeinden verlieren mit der Steuerensenkung bis zu 20 Prozent ihrer Steuererträge von juristischen Personen. Ittigen mit der Swiscom ist so ein Beispiel oder Biel mit der Swatch Gruppe. Diese Ausfälle können nicht mehr durch Sparmassnahmen wettgemacht werden.

Frieden sichern. Daran sollten wir unbedingt festhalten.

Deshalb NEIN zu den unfairen Steuergeschenken für (einige grosse) Unternehmen.

⇒ Stefan Wüthrich,
Leiter Einheit Bern/Oberaargau-Emmental

Termine Rentner_innen

Unia SMUV Rentner_innen

Ausflug zum **Charlie Chaplin Museum** am **Mittwoch, 14. November 2018**.

Weihnachtsfeier Waldhäusern am **Mittwoch, 12. Dezember 2018**.

Treberwurst 2019 am **Mittwoch, 16. Januar 2019**.

Hauptversammlung Unia SMUV Rentner_innen am **Mittwoch, 13. Februar 2019**.

Unia GBI Rentner_innen

Jassen am **Dienstag, 13. und 27. November** und **11. Dezember 2018** im Restaurant Tscharnergut in Bern.

Kegeln am **Dienstag, 20. November** und **18. Dezember 2018** im Restaurant Tscharnergut in Bern. Am **Dienstag, 4. Dezember 2018** im Rest. Bahnhof Süd in Bern.

End-Jahres-Feier am **Mittwoch, 12. Dezember 2018**.

Unia VHTL Rentner_innen

Waldweihnachten Waldhäusern am **Dienstag, 11. Dezember 2018**.

Hauptversammlung Unia VHTL Rentner_innen am **Dienstag, 22. Januar 2019**.

Unia Rentner_innen-Gruppe Burgdorf

Jassen am **Dienstag, 4. Dezember 2018** und **8. Januar** und **5. Februar 2019**, jeweils um 13.30 Uhr im Tennishalle Treff in Burgdorf.

Kegeln am **Donnerstag, 22. November** und **13. Dezember 2018**, jeweils um 14.00 Uhr im Restaurant National in Burgdorf.

Hauptversammlung Rentner_innen-Gruppe Burgdorf am **Mittwoch, 9. Januar 2019** im Schützenhaus Burgdorf.

Renter_innen-Gruppe GBE Langnau

Chlausenhöck am **Donnerstag, 6. Dezember 2018**

Wir trauern

Albisser Ferdinand, Huttwil
Beck Werner, Sumiswald
Beiner Hans Peter, Neuenegg
Berger Willy, Hindelbank
Bürgi Heinz, Utzenstorf
De Tutti Marianne, Bern
Fariña Olimpio, Liebefeld
Flückiger Hans, Madiswil
Gfeller Fritz, Neuendorf
Hauenschild-Celik Milena, Rüegsauchachen
Imeri Fatmir, Kirchberg BE
Jakob Hans Rudolf, Biel/Bienne
Kämpfer Rudolf, Burgdorf
Krähenbühl Gottfried, Langenthal
Milivojevic Dragan, Dietikon
Mudoian Shinin, Aarwangen
Neudorfer Franz, Niederörsz
Streit Heinz, Liebefeld
Urech Max, Bärau
Witschi Werner, Meikirch
Zwahlen Rudolf, Lauperswil

FEMINISTISCHE DISKUSSIONSTAGE BERN

Samstag,
17. November, 18.00
**Vortrag und Diskussion
mit Anne Wizorek
(Initiatorin von #aufschrei)**
 Aula Brückenstrasse,
 Berner Fachhochschule Wirtschaft (BFH),
 Brückenstr. 73, 3005 Bern
 Mit anschließendem
 Vernetzungsapero

17. – 18. NOVEMBER 2018

Punkt 12 – Treff für Mädchen und junge Frauen
 Jurastrasse 1, 3013 Bern

Die Feministischen Diskussionstage Bern – kurz FeDiTa – gehen diesen November in die fünfte Runde! Wir beschäftigen uns mit dem Thema Frauen*streik. Dabei werfen wir sowohl einen Blick zurück zu 1991 und fragen uns ob und warum wir 2019 streiken sollen.



PROGRAMM

SAMSTAG 17. NOVEMBER 2018

- 13.00-13.30 Begrüssung
Einführung zum Thema Frauen*streik
- 13.30-15.00 Workshop 1:
Warum Frauen*streik? Teil I
mit Zita Küng
- 15.00-15.15 Pause
- 15.15-16.45 Workshop 1:
Warum Frauen*streik? Teil II
mit Zita Küng
- 15.15-16.45 Workshop 2:
Bezahlte/Unbezahlte Arbeit
mit Anja Peter
- 16.45-17.15 Schlussplenum und Verpflegung

18.00-21.00 **Vortrag und Diskussion
mit Anne Wizorek
(Initiatorin von #aufschrei)**
 Aula Brückenstrasse,
 Berner Fachhochschule Wirtschaft (BFH),
 Brückenstr. 73, 3005 Bern

SONNTAG, 18. NOVEMBER 2018

- 13.00-13.15 Begrüssung
- 13.15-14.45 Workshop 3:
Frauenstreik 1991
mit Marianne Ebel
- 14.45-15.15 Pause
- 15.15-16.45 Workshop 4:
Wieso soll gerade ich streiken?
mit Anouk Stricker und Lea
- 16.45-17.00 Schlussplenum

Offen für alle Geschlechter!

Veranstaltungsort:
 Punkt 12, Jurastrasse 1, 3013 Bern

Türöffnung 15 Minuten vor Beginn

Anmeldungen unter: www.fedita.ch

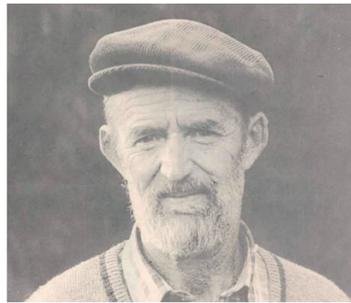
Bitte teile uns frühmöglichst mit,
 wenn Du Kinderbetreuung, Schlafplatz
 oder sonstige Unterstützung brauchst!

Nachruf

Max Urech-Leuenberger

17. August 1933 –
 21. September 2018

Wir trauern um unser langjähriges Mitglied und ehemaligen Sektionspräsidenten der GBI Sektion Langnau. Max Urech hat in seinen zahlreichen Ämtern die Geschichte der Emmentaler Arbeiter_innenbewegung massgeblich mitgeprägt.



Max Urech war unter anderem zehn Jahre lang Mitglied des Grossen Gemeinderates in Langnau und vertrat als Gewerkschafter die

Arbeiter_innen so im Langnauer Gemeindeparlament. Nach über 30 Jahren gab Max Urech im Jahr 1995 das Präsidium der damaligen Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) Sektion Langnau im Alter von 62 Jahren in jüngere Hände ab.

Im Alter kämpfte er mit den Folgen eines Autounfalls und verschiedenen schweren Krankheiten. Nach dem Tod seiner treusorgenden Frau Trudi im Jahr 2015 zog er um in die Lebensart Bärau, wo er sich trotz grosser Seh- und Hörschwäche über jeden Besuch freute.

Max Urech bleibt uns als ein sehr engagierter Gewerkschafter und fürsorgender Mensch in bester Erinnerung.

Stefan Wüthrich,
 Leiter Einheit Bern/Oberaargau-Emmental

Initiative für fairen Wettbewerb im Kanton Bern

Erfolgreich gesammelt und eingereicht



Wir reichten am 2. Oktober 2018 über 15'800 gültige Unterschriften der Volksinitiative für fairen Wettbewerb und zum Schutz von Gewerbe und Beschäftigten im Kanton Bern bei der Staatskanzlei ein. Mit der Initiative wollen wir Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen verbieten und so den Lohnschutz stärken.

Die Initiative wäre ohne die engagierte Unterstützung unserer Unia Einheit Bern/Oberaargau-Emmental nicht zustande gekommen. Unsere Mitglieder und Mitarbeiter_innen haben rund 5'000 Unterschriften gesammelt. Herzlichen Dank an alle, die sich daran beteiligt haben!

Stefan Wüthrich,
 Leiter Einheit Bern/Oberaargau-Emmental

Ausstellung

Landesstreik 1918: Die Berner Ereignisse

Die in Zusammenarbeit zwischen dem Kornhausforum Bern und dem Gewerkschaftsbund Stadt Bern und Umgebung realisierte Ausstellung fokussiert auf die Ereignisse in der Bundesstadt. Sie geht ein auf Alltag und politische Stimmung in den Jahren des Ersten Weltkriegs und dokumentiert die Tage des Streiks.

Ausstellung

8.11.2018 – 5.1.2019 im Kornhausforum

GALERIE KORNGHAUSFORUM (2. OBERGESCHOSS)

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 10 – 19 Uhr, Samstag 10 – 17 Uhr
 Sonntag und Montag geschlossen, Eintritt frei

Landesmantelvertrag

Berns Baustellen standen still

Für Lohn, den Landesmantelvertrag (LMV) und die Rente mit 60 demonstrieren die Bauarbeiter_innen am Donnerstag, 1. November. Von der Arbeitsniederlegung waren alle wichtigen Bauprojekte in Bern betroffen. Auf der zentralen Bahnhofsbaustelle versammelten sich mehr als 1'000 Bauarbeiter_innen.

Nur fünf Fussminuten vom Haupteingang des Berner Bahnhofs, wo Tag für Tag tausende Pendler_innen ein- und ausgehen, liegt sie – die aktuell wohl bedeutendste Baustelle des Kantons Bern. Unter Hochdruck wird hier daran gearbeitet, den Bahnhof zu erweitern – ein Projekt mit Bedeutung für die gesamte Schweiz. Entsprechend

insbesondere jene in der Stadt Bern standen still. Zuvor hatten bereits tausende Búezer im Tessin und in der Westschweiz protestiert.

«Schon jetzt treibt der zunehmende Druck auf den Baustellen viele Bauarbeiter_innen an ihr Limit», sagte Stefan Wüthrich, Leiter der Unia Einheit Bern/Oberaargau-Emmental, während des Protesttags vor Arbeiter_innen und Medienvertreter_innen. Doch statt sich für eine Entlastung einzusetzen, würden die Baumeister_innen den Takt noch erhöhen wollen. «Geht es nach ihnen, soll der 12-Stunden-Tag zur Regel werden. Damit wird die Gesundheit der Arbeiter_innen gefährdet.»

Hintergrund des Konflikts sind die Verhandlungen um den Fort-

nun von den Chefs – die plötzlich Vorschläge der Unia aufgriffen, die sie zuvor monatelang zurückgewiesen hatten. Auch eine Lohnhöhung von 150 Franken im Monat sei möglich. Doch dieses scheinbare Einlenken erwies sich als Falle.

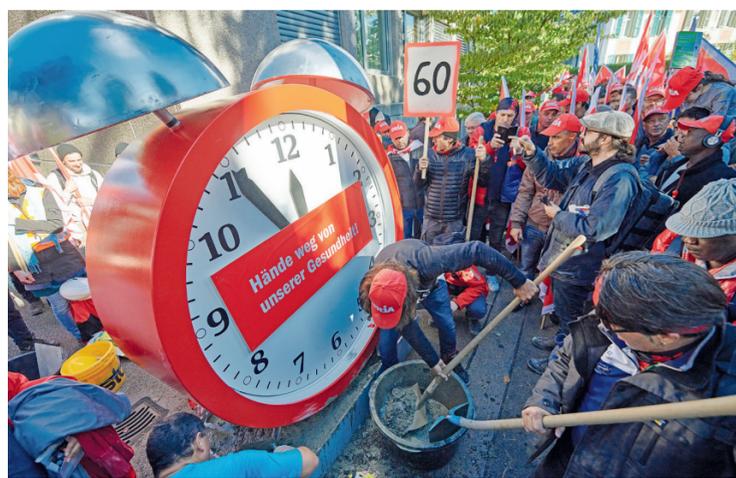
Der Baumeisterverband knüpfte sein Angebot daran, die Arbeitszeiten der Bauleute radikal zu verändern. Künftig sollten doppelt so viele Überstunden wie bislang geleistet werden können. Noch dazu wollten die Chefs_innen die Möglichkeit, den Bauarbeiter_innen bis zu 100 Minusstunden im Jahr zuzumuten. In der Kombination würde beides dazu führen, dass die Bauleute im Sommer abermals längere Arbeitstage hinnehmen müssten, sprich: noch häufiger 12



zu gesundheitsgefährdenden Arbeitszeiten – nahmen die Gewerkschaften und die Arbeiter_innen nicht hin: Sie reagierten auf das

von Bern, die ihre Baustellen stilllegten.

Entsprechend auch die Stimmung während des Berner Aktionstags. «Wir sind nicht aus Spass hier, sondern zum Protestieren», sagt ein Kollege, in der Hand eine Unia-Flagge, um den Hals eine Trillerpfeife. Drei Jahre seien es noch, die er bis zur Pension arbeiten müsse. Dabei solle es eben auch bleiben; müsse er nochmal zwei Jahre länger arbeiten, wäre das für ihn eine Katastrophe. Unter den tausend Kolleg_innen, die für ihre Rechte eintreten, sind auch viele jüngere. Darauf angesprochen, warum er heute da sei, sagt einer von ihnen: «Wegen des Lohns. Seit Jahren sparen sie immer bei uns.»



ausgelastet sind Mensch und Maschine, je nach Phase der Baustelle wird auch in der Nacht gearbeitet. Doch am 1. November, einem Donnerstag, ist es anders. Keine Schaufel kommt zum Einsatz und die Bagger bleiben still, denn hunderte Bauleute haben sich den grossen Platz für ihre Versammlung genommen. Eng beinandestehend Bauleute diskutieren sie untereinander, wie sie ihre Rente retten können, wie es mit dem Lohn weitergeht und mit den Arbeitszeiten. Den Baustellen, von denen die vielen hundert Menschen kommen, geht es ähnlich, wie jener am Bahnhof: Sie stehen still.

bestand des LMV, der Lohn und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter_innen regelt, sowie um die Frühpensionierung auf dem Bau. Für beides muss bis zum Ende des Jahres eine Lösung gefunden werden. Doch in den seit einem dreiviertel Jahr geführten Verhandlungen stellte sich der Baumeisterverband stur: Er pochte auf eine «leistungsbezogene Sanierung» der Frühpensionierung. Im Klartext: Die Bauarbeiter_innen sollten zwei Jahre länger arbeiten oder drastische Einbussen bei der Rentenhöhe hinnehmen. Auch Verbesserungen im LMV wies der Baumeisterverband zurück.



Mehr als 1'000 Berner Bauarbeiter_innen legten am 1. November die Arbeit nieder. Sie beteiligten sich an den Protesttagen in der Baubranche, um Angriffe auf ihren Landesmantelvertrag und die Rente mit 60 abzuwehren. Von den Aktionen waren Baustellen im gesamten Kantonsgebiet betroffen,

Erst eine Grossdemonstration der Bauleute, an der Ende Juni 18'000 Arbeiter_innen teilnahmen, brachte die Unternehmervereinigung zum Nachdenken. Statt die Frühpensionierung weiter direkt anzugreifen, änderte der Baumeisterverband seine Taktik. Man könne die Rente 60 beibehalten, hiess es

Stunden am Tag arbeiten. In den Wintermonaten würden sie dann zuhause gelassen – und hätten wegen der aufgebrummten Minusstunden, die im schlimmsten Fall vom Lohn abgezogen werden könnten, selbst den Schaden.

Vorgehen des Baumeisterverbands mit Protesttagen. So demonstrieren am 15. Oktober mehr als 3'000 Arbeiter_innen im Tessin. Am Tag darauf taten es ihnen die Genfer Kolleg_innen gleich; wenig später nahmen die Beschäftigten in Neuenburg, Freiburg und Wallis am Protest teil. Am 1. November waren es dann die Arbeiter_innen

Wie sehr die Beschäftigten am Limit sind, wird sich gerade der Berner Baumeisterverband noch einige Zeit ansehen können – bei jedem Blick aus dem Fenster des Verbandsbüros. Während des Protesttags wurden die Arbeiter_innen dort vorstellig, nachdem sie zuvor durch die Innenstadt demonstriert haben. Den Chefs hinterliessen sie ein Andenken: Vor der Geschäftsstelle des Kantonal Bernischen Baumeisterverbands (KBB) wurde ein grosser Wecker einbetoniert, unterzeichnet von 1'000 protestierenden Arbeiter_innen. Die Zeiger der Uhr stehen auf fünf vor zwölf – ein eindeutiges Zeichen: Für die Baumeister_innen ist es an der Zeit, die Angriffe auf die Gesundheit der Arbeiter_innen aufzugeben.



Gartenbau

3-Minuten-Streik und James Bond für GAV im Gartenbau

Seit der letzten Ausgabe der Work Regioeilage haben Gärtner_innen gleich mit zwei spektakulären Aktionen auf die tiefen Löhne und schlechten Arbeitsbedingungen in ihrer Branche aufmerksam gemacht.

nen im Bauhauptgewerbe, haben weniger Ferien und keine Möglichkeit einer Frühpensionierung. Damit nicht genug – der Arbeitgeber_innenverband JardinSuisse weigert sich nach wie vor mit der Unia, in der sich am meisten Arbeitnehmende der Branche organi-

beitsbedingungen einsetzen. Und sie tun es mit selbst organisierten, frischen und frechen Aktionen: Der 3-Minuten-Streik z.B. ist eine schweizer Premiere. Am 19. Juli genau um 15 Uhr legten fast 150 Gärtner_innen auf dutzenden Baustellen in der Deutschschweiz ihre Arbeit für drei Minuten symbolisch nieder und schickten ein Foto davon in einen gemeinsamen Chat. Im Sekundentakt erschienen neue Bilder. Mit einem gut inszenierten Flashmob haben die Gärtner_innen am 29. September in Zürich eine weitere Aktion durchgeführt: Fast 100 Gärtner_innen aus der Deutschschweiz, darunter 22 aus Bern, inszenierten zeitgleich zum Züri-Filmfestival eine Aktion mit einem Double von James Bond. Die Aktion zog vor Ort hunderte Passant_innen an. Viele wollten ein Selfie mit dem vermeintlichen Star. Auch nachdem die Aktivist_innen offenbarten, worum es ihnen geht, bildeten sich lange Schlangen von Menschen und die Gärtner_innen erhielten viel Zuspruch für ihre Anliegen aus der Bevölkerung.

Ein Kurzfilm der Aktion ist abrufbar unter: <https://www.unia.ch/de/aktuell/aktuell/artikel/a/15254/>

☞ Gärtner_innen Einheit Bern/OAE



Für faire Löhne, fünf Wochen Ferien und Frühpensionierung

Gärtner_innen sind Tag für Tag draussen – sei es bei Minustemperaturen im Winter oder wie diesen Sommer bei täglich mehr als 30 Grad. Ein solcher Arbeitsalltag ist hart und kräftezehrend. Trotzdem verdienen die Gärtner_innen monatlich immer noch bis zu 1'000 Franken weniger als ihre Kolleg_in-

sieren, an den Verhandlungstisch zu kommen. Stattdessen haben die Arbeitgeber_innen einen verbindlichen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit einem nicht repräsentativen Berufsverband. Tiefelöhne unter 4'000 Franken sind dort nach wie vor fest verankert.

Kreative Aktionen

Kein Wunder, dass sich immer mehr Gärtner_innen für bessere Ar-



Ausflug IG Frauen Bern und Wallis

Impressionen

Am Frisch-Schoggi-Atelier beim Chocolatier Läderach in Bern durften wir kreativ unsere eigene Schoggifabel verzieren. Das gemeinsame Mittagessen mit den Walliserkollg-

innen war nicht nur lecker sondern auch wertvoll für interessante Gespräche. Wir freuen uns schon auf die nächste Jahr!



Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia, Postfach 272, CH-3000 Bern 15 | **In Zusammenarbeit mit** Unia Einheit Bern/OAE, Monbijoustr. 61, 3007 Bern, T 031 385 22 22, F 031 385 22 20, bern@unia.ch | **Redaktion** Julie Martinoia, Sina Stingelin, Stefan Wüthrich | **Gestaltungskonzept** ivory ltd, CH-8008 Zürich | **Layout** Bubenberg Druck- und Verlags-AG, CH-3007 Bern | **Druck** Tagblatt Print, CH-9015 St. Gallen

